



## Adivasi-Rundbrief 62

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -  
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.  
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel  
Dezember 2017

---



Die Fertigstellung des Sardar Sarovar bedeutet eine Niederlage, aber die ihrer Lebensgrundlage beraubten Menschen kämpfen weiter für eine angemessene Entschädigung. Foto: indienbilder.com

### **Nr.62/1: Nach Jahrzehnten: Sardar Sarovar-Staudamm an der Narmada fertiggestellt: Adivasi, Dalits, Hindu-Bäuerinnen und Bauern zahlen den Preis**

Der Narmada-Fluß kommt aus der östlichen Mitte Indiens und mündet im Westen, in Gujarat ins Meer. Seit Jahrzehnten gibt es Planungen für den Bau zahlreicher großer, mittelgroßer und kleinerer Staudämme. Der Sardar Sarovar-Staudamm ist der größte mit einer Länge von 1,2 Kilometern und einer Höhe von 163 Metern. An dem Staudamm wurde über Jahrzehnte geplant und gebaut. Ebenso über Jahrzehnte währt schon der Widerstand, nachdem durch die 214 Kilometer lange Überflutungszone eine Vielzahl von Adivasi- und Hindu-Gemeinschaften in mehr als 200 Dörfern ihre Lebensgrundlage verlieren. Der Widerstandsbewegung gelang es in den 1990er Jahren, die Weltbank

zum Rückzug von einer Finanzierung zu bewegen – zweifellos einer ihrer größten Erfolge. Trotz derartiger Teilerfolge konnte die Verwirklichung des Sardar Sarovar jedoch nicht gestoppt werden. Jetzt kämpft die Bewegung darum, daß die Entschädigung entsprechend den rechtlichen Vorgaben geleistet wird.

Narendra Modi hatte die Feierlichkeiten anlässlich der Fertigstellung des Sardar Sarovar-Projektes zur Chefsache erklärt. Für den 17. September 2017, Modis Geburtstag, war ein Sternmarsch zur Talsperre geplant gewesen, für den viel Prominenz aus Politik und Religion angekündigt war. Es birgt eine gewisse Ironie, dass die Feierlichkeiten dann aufgrund massiver Überschwemmungen in Gujarat, von heftigen Monsunregen verursacht, verschoben werden mussten. Der Protest und Widerstand der vom Stausee betroffenen Adivasi-Gemein-

schaften aus dem Narmada-Tal und der Hindu-Bauernschaft aus der Nimar-Ebene hatte dies nicht vermocht. Dabei hatte ihre Bewegung – die *Narmada Bachao Andolan* (NBA, Bewegung zur Rettung der Narmada) - den mittlerweile rund 30 Jahre andauernden, friedlichen Widerstand wieder einmal intensiviert. Doch anders als zuvor konnte diesmal selbst ein 17tägiger Hungerstreik von NBA-Aktivist\*innen weder die Projektbetreiber noch die Regierungen (Zentral- und Landesregierungen) zu einem Dialog bewegen. Stattdessen gingen die Polizeikräfte äußerst rabiat gegen den Protest vor. Es wurde nicht nur mit Schlagstöcken auf friedlich Protestierende eingepöbeln, sondern auch falsche Anschuldigungen erhoben.

Dabei bestand die zentrale Forderung der Bewegung diesmal lediglich darin, bestehende Umsiedlungsrichtlinien (unter anderem eine Land-für-Land Entschädigung) auch tatsächlich umzusetzen. Und das, obwohl das *Narmada Water Disputes Tribunal* bereits 1979 in einem Schiedsspruch entsprechende Vorgaben gemacht und der Oberste Gerichtshof im Jahr 2000 einen Umsiedlungs-Masterplan angeordnet hatte. Erst nach erfolgreicher Umsiedlung könne man das Wasser im Reservoir anstauen, so die Bewegung. Mittlerweile sind die Schleusen geschlossen und das Gebiet wird geflutet, während laut NBA noch rund 40.000 (!) Familien auf eine angemessene Entschädigung warten. Gemäß dem Motto „Entwicklung JA – Zerstörung NEIN!“ haben die Menschen vor Ort über all die Jahre hinweg nicht nur protestiert, sondern auch versucht, ihre Vision einer solidarischen, ökologisch nachhaltig lebenden Gesellschaft weiterzuentwickeln und vor Ort umzusetzen. Es gelang ihnen, eine breite Allianz zu schmieden, die von lokalen Adivasi- und Hindu-Bäuerinnen und -Bauern bis hin zu einem internationalen Unterstützungsnetzwerk reicht. Es gelang ihnen des Weiteren, ihre Ansätze einer alternativen Entwicklung weit über das Narmada-Tal hinaus bekannt zu machen. Mit Hilfe von Unterstützer\*innen entwickelten und initiierten sie vor Ort beispielsweise Kleinprojekte für eine dezentrale Energieversorgung und bauten in dem überwiegend von Adivasi bewohnten Gebiet die ersten richtig funktionierenden Schulen überhaupt auf (staatliche Schulen in ländlichen Gebieten sind meist von sehr geringer Qualität).

Von Befürworter\*innen des Projektes wird der Bewegung vorgeworfen, sie wolle den Fortschritt verhindern. Doch diejenigen, die solche Beschuldigungen hervorbringen, bleiben die Antworten auf die tiefgehenden Fragen der NBA schuldig. Letztlich geht es um die Fragen wie etwa, wer von derartigen Projekten profitiert, auf wessen Kosten und wie sie durchgesetzt werden. Es geht auch um die Bereitschaft, in Kosten-Nutzen-Abwägungen Aspekte wie Umwelt, Ressourcen-Nutzungsrechte der betroffenen Gemeinschaften und kulturelle, soziale und politische Rechte zu berücksichtigen.

Angesichts des jüngsten repressiven Vorgehens im Narmada-Tal und der Pläne für zahlreiche weitere Infrastruktur- und Erschließungsprojekte, gerade auch in Adivasi-Gebieten, scheinen die Absichten der indischen Regierung offensichtlich. Die Menschen aus dem Narmada-Tal und an anderen Orten kämpfen dennoch weiter. Ihrer einstigen Lebensgrundlage beraubt und ohne eine angemessene Entschädigung, die einen würdigen Neuanfang ermöglichen würde, bleibt ihnen dazu kaum eine Alternative. Mittlerweile kam es unter den Hindu-Bauern in der Nimar-Ebene zu Massenausritten aus der BJP (Bharatiya Janata Party) und zu verschiedenen Protestaktionen vor lokalen Regierungseinrichtungen.

*Saline*

*Aktuelle Informationen: <http://narmadaandolan.org>. Siehe auch Adivasi-Rundbrief 43 (Dezember 2011).*

### **Nr.62/2: Bastar, Chhattisgarh: Der brennende Wald (Auszug aus dem gleichnamigen Buch von Nandini Sundar)**

Als Indien im Jahr 2003 den Bergbau liberalisierte, wurde die von Maoisten ausgeübte Kontrolle über Bastar als ein erhebliches Hindernis für eine schnelle Industrialisierung und den dafür erforderlichen Landerwerb gesehen. Wirtschaftsverbände wie die Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI) unterstützten ausdrücklich die Offensive der Regierung gegen die Maoisten und riefen dazu auf, daß der private Sektor sich in dieser Sache engagieren solle: Die sich intensivierende Kontrolle der Maoisten über weite Teile des an Rohstoffen reichen Gebietes könne sich bald negativ auf einige Investitionsvorhaben auswirken. [...]





*Gemeinschaft der Muria in Bastar, Chhattisgarh*  
Foto: Yves Picq <http://veton.picq.fr> CC-BY-SA-3.0,2.5,2.0,1.0

Menschenrechts-Aktivist\*innen argumentieren, daß es kein Zufall ist, daß Salwa Judum [siehe dazu Adivasi-Rundbrief 33 – November 2008] gerade zu dem Zeitpunkt – im Juni 2005 - begann, als die Landesregierung von Chhattisgarh mit dem Unternehmen Tata eine Vereinbarung über die Errichtung einer Stahlfabrik unterzeichnete. Ungefähr zur selben Zeit erwarb das Unternehmen Essar Land für eine weitere Stahlfabrik in den Dörfern Dhurli und Bhansi. Zugleich wurden Tata und Essar Abbaurechte für Eisenerz in den Bailadilla-Bergen zugesprochen.

„Öffentliche Anhörungen“ wurden in Lohandiguda, Dhurli und Bhansi veranstaltet. Damit sollte die Einhaltung der Vorgaben der PESA-Gesetzgebung [siehe Adivasi-Rundbrief 23, März 2005] sichergestellt werden, die besagt, daß die Zustimmung der betroffenen Menschen eingeholt werden muß. Die Dorfbewohner, angeführt von den beiden Bewegungen *Dantewada Adivasi Mahasaba* und *Sangharsh Samiti Dhurli*, gaben zu Protokoll, daß sie am 9. September 2005 gezwungen wurden, Briefe zu unterzeichnen, die besagten, daß sie keine Einwände gegen die Investitionspläne hätten. In

jedem Haus bezogen zwei Polizisten Stellung. Am Versammlungsplatz waren Menschen von außerhalb des Dorfes nicht zugelassen. Den Dorfbewohnern wurde nicht gestattet, ihre Häuser zu verlassen oder miteinander zu kommunizieren. Nach weiteren Aussagen wurden die Menschen gezwungenermaßen um 9 Uhr vormittags in Fahrzeugen zum Ort des Treffens verfrachtet. Unterstützer von Mahendra Karma [ein Adivasi, führender Oppositionspolitiker, der Salwa Judum maßgeblich unterstützte; 2013 von Naxaliten ermordet] halfen der Polizei. Die ihrer Freiheit beraubten erzählten, daß sie zu zweit in ein Zimmer geführt wurden. Pistolen wurden auf ihre Schläfen gerichtet, damit sie wie befohlen ihre Unterschrift leisteten. Ihnen wurde aufgetragen, danach das Dorf nicht zu verlassen. Diejenigen, welche die Unterschrift verweigerten, wurden inhaftiert. Das Versammlungsrecht in den Dörfern wurde gemäß Paragraph 144 des Strafgesetzbuches aufgehoben. *Nandini Sundar, The Burning Forest, India's War in Bastar, 432 Seiten, Juggernaut Books, 2016*

**Nr. 63/3: Bangladesch: Bildung für Kinder aus Adivasi-Gemeinschaften – ein Interview**  
*Im Gespräch mit NETZ Bangladesch Zeitschrift (2/2017) berichtet Kerina Soren, Adivasi-Frau und Mitarbeiterin der NGO Ashrai, von Herausforderungen und Erfolgen in der Bildungsarbeit. Seit 25 Jahren unterstützt Ashrai Entwicklungsprojekte mit indigenen Bevölkerungsgruppen im Nordwesten Bangladeschs.*

**NETZ:** Wieso fördert Ashrai gezielt Kinder aus indigenen Bevölkerungsgruppen im Grundschulbereich?

**Kerina Soren:** Weil ihnen ihr Recht auf Bildung verwehrt wird. Die Kinder sind sozial stigmatisiert und kulturell diskriminiert, deshalb besuchen nur wenige Kinder indigener Familien eine staatliche Schule. Entweder werden sie bei der Einschulung einfach nicht berücksichtigt, oder sie scheiden schon nach kurzer Zeit wieder aus dem Unterricht aus, unter anderem weil die Lehrkräfte sie benachteiligen und wegen Hänseleien anderer Kinder. Noch vor wenigen Jahren hat man immer wieder Kinder aus indigenen Gruppen gesehen, die den Unterricht nur von draußen durch das Fenster des Klassenzimmers verfolgen konnten – ein Platz in der Klasse wurde ihnen verwehrt.

**NETZ:** Warum ist das so?

**Soren:** Grund dafür sind Vorurteile der Mehrheitsbevölkerung, wie vermeintlich mangelnde Körperhygiene oder schlechte Manieren. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass viele Angehörige indigener Gruppen in Armut leben. Der ökonomische Druck auf den Familien ist ein sehr gewichtiger Grund für das frühe Ausscheiden ihrer Kinder aus der Schule. Entweder müssen sie durch Arbeit einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten oder sie ziehen mit ihren Eltern auf der Suche nach Arbeit in die Städte.

**NETZ:** Was macht *Ashraj*, um die Kinder zu unterstützen?

**Soren:** Um nachhaltig Veränderungen zu erzielen, sind Ausdauer und ein möglichst breiter Ansatz erforderlich. Dabei müssen wir immer wieder bereit sein, neue Wege zu gehen. Wichtig ist die Einbeziehung der Eltern und der Lokalbevölkerung, zum Beispiel in Schulkomitees. Wenn sie mit im Boot sind und das Ziel, allen Kindern den Bildungszugang zu ermöglichen, teilen, dann ist eine wichtige Voraussetzung erfüllt. Kaum ein Elternteil der Kinder aus indigenen Familien hat jemals selbst eine Schule besucht. Formale Schulbildung hat daher für sie oftmals noch einen geringen Stellenwert und sie befürchten, dass ihre Kinder an den Schulen diskriminiert werden könnten. [...]

**NETZ:** Werden auch Lehrkräfte gezielt geschult?

**Soren:** Auf regelmäßigen Fortbildungen und berufsbegleitend sensibilisieren wir sie für kinderzentrierte Lehrmethoden und thematisieren Herausforderungen, mit denen Kinder indigener Gruppen konfrontiert sind. An den von uns aufgebauten Dorfschulen stellen wir auch gezielt Lehrerinnen und Lehrer ein, die selbst einer indigenen Gruppe angehören. Sie kennen die Probleme der Kinder aus eigener Erfahrung. Zudem sprechen sie die Muttersprache der Kinder und können diese gezielt unterstützen.

**NETZ:** Welche Rolle spielt die Sprache insgesamt?

**Soren:** Viele Kinder aus indigenen Gruppen sprechen in jungen Jahren ausschließlich ihre Muttersprache und verstehen kaum Bengalisch. Der Unterricht und die Schulbücher sind jedoch

auf Bengalisch. Aufgrund des niedrigen Bildungsstands innerhalb der indigenen Gemeinschaften ist auch die Auswahl von Lehrkräften eine Herausforderung. Aufgrund der gesellschaftlichen Diskriminierung sind insbesondere in ländlichen Gebieten nur wenige Indigene länger als fünf bis acht Jahre zur Schule gegangen. [...]

**NETZ:** Was bedeutet das und wie arbeitet *Ashraj* an staatlichen Schulen?

**Soren:** Als wir im letzten Jahr erstmals mit staatlichen Grundschulen zusammengearbeitet haben, war es zunächst wichtig, dass die Kinder aus indigenen Gemeinschaften im Klassenraum einen Platz finden und sich in der Schule wohlfühlen. Zu Beginn saßen sie in einer Ecke nur mit Kindern ihrer Gemeinschaft zusammen. Die Schulleitung und Lehrkräfte waren diesbezüglich erst unsicher. Sie befürchteten, dass es Streit zwischen den Kindern geben würde. Aber diese Angst war unbegründet. Der Austausch mit den anderen Kindern begann dann auf dem Schulhof während der Pausen. Nach und nach sind Freundschaften zwischen allen Kindern entstanden. Dies ist vor allem ein Verdienst der von uns ausgebildeten Bildungssozialarbeiterinnen. Sie unterstützen gezielt alle Schulkinder, stehen im engen Kontakt mit ihren Familien und begleiten Lehrkräfte und Schulleitung. Zudem stehen sie im regelmäßigen Austausch mit lokalen Schulbehörden und sensibilisieren diese für inklusive qualitative Bildung.

*vollständiges Interview:* NETZ Bangladesch Zeitschrift (2/2017) – <https://bangladesch.org>

---

Adivasi-Rundbrief Nr. 62, Dezember 2017  
 Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, [escher\\_hallwas@freenet.de](mailto:escher_hallwas@freenet.de); Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Bank, IBAN DE 60 5206 0410 0004 0037 64 BIC GENODEF1EK1. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch das Evangelische Missionswerk (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter [www.adivasi-koordination.de](http://www.adivasi-koordination.de)